

BÜRGERINITIATIVE PRO LANDESSPITAL

Generationenwerk unseres Volkes

Der Landtag hat dem Verpflichtungskredit von 77 (+6) Millionen Franken für die bauliche Erneuerung des Liechtensteinischen Landesspitals in seiner Sitzung vom 28. Juni zugestimmt. Die überparteiliche Bürgerinitiative pro Landesspital dankt der Volksvertretung. Sie hat mit ihrem Beschluss wichtige Weichen gestellt. Wir nehmen zur Kenntnis,

- dass die medizinische Grundversorgung unserer Bevölkerung im Liechtensteinischen Landesspital (LLS) damit für weitere Jahrzehnte gesichert wird
- dass die älteren und pflegebedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürger heute und in nächster Zukunft wohnortnah im eigenen Land betreut werden können
- dass Mütter, die in unserem Lande leben, ihre Kinder auf Wunsch weiterhin daheim in Liechtenstein zur Welt bringen können
- dass Patienten aus Liechtenstein im Rahmen der Grundversorgung und gemäss Leistungsauftrag auch weiterhin selbst bestimmen können, in welchem Spital sie bei Bedarf von Rainer Wolfinger <wolfmed@hin.li> betreut werden
- dass die von unserer Bevölkerung entrichteten Krankenkassenprämien und die staatlichen Beiträge an die

Gesundheitskosten nicht vollumfänglich ins Ausland abfliessen

- dass wir nach der Erneuerung des Landesspitals eine bessere Ausgangsposition für die Fortsetzung der bewährten Zusammenarbeit mit den Spitalern der Region und mit den ZentrumsSpitalern haben werden
- dass sich die rund 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Auszubildenden im LLS darauf verlassen können, dass unser Landesspital auch für sie eine Zukunft hat und dass wir dort weiterhin eigene Erfahrungen und eigenes Wissen sichern
- dass die volkswirtschaftliche Bedeutung des Landesspitals mit einer Wertschöpfung von mehr als 26 Millionen Franken pro Jahr für unser Land erhalten bleibt und
- dass die Spitalfrage nicht mehr länger Spielball von verschiedenen Interessengruppen und Politikern, sondern ein grosses Generationenwerk unseres ganzen Volkes ist! (pd)



FORUM

Erste Lesung des Standortförderungsgesetzes

Nachstehend veröffentlichen wir eine Mitteilung des Liechtensteiner Hotel- und Gastronomieverbands.

Der Hohe Landtag hat gestern in erster Lesung das neue Standortförderungsgesetz behandelt. Der Liechtensteiner Hotel- und Gastronomieverband möchte sich auf diesem Wege beim Ressort Wirtschaft für die Erarbeitung der Gesetzesvorlage sowie bei der Regierung und bei allen Damen und Herren Abgeordneten des Hohen Landtages ausdrücklich für die positive Haltung zum neuen Standortförderungsgesetz bedanken.

Eine nachhaltige Förderung und Sicherung des Wirtschaftsstandortes Liechtenstein ist für die Hotel- und Gastronomiebranche existenziell. Der Geschäftstourismus war und ist die Lebensader unserer Betriebe. Gastronomie und Hotellerie sind von jeder Veränderung am Wirtschaftsstandort Liechtenstein sofort und unmittelbar betroffen.

Unsere Betriebe beschäftigen ca. 800 Mitarbeiter und haben alleine in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt mehr als 6 Millionen Franken an In-

vestitionen getätigt, die vorwiegend den heimischen Gewerbebetrieben zugutekamen. Auch in den nächsten zwei Jahren stehen Renovationen und Umbaumaassnahmen in Millionenhöhe, bedingt durch die Anpassung der liechtensteinischen Hotelklassifizierung an die europäischen Standards, an.

Wenn es uns gelingt, mit einer integrierten und auf die Bedürfnisse des Wirtschaftsstandorts ausgerichteten Tourismuspolitik mit innovativen, fächerübergreifenden Produkten und Angeboten neue Märkte und Gäste anzusprechen, dann ist nicht nur das bisherige Engagement unserer Betriebe langfristig gesichert, sondern auch die Basis für künftig regelmässig wiederkehrende Investitionen nachhaltig gelegt. Das neue Standortförderungsgesetz schafft dafür in geeigneter Form die notwendigen Rahmenbedingungen.



POLIZEIMELDUNGEN

Zeugenaufruf: Mädchen gestürzt

Ipfl – Vergangene Woche kam es zu einem Unfall mit einem Mädchen in Schaan, die Landespolizei sucht diesbezüglich Zeugen. Am 20. Juni 2011, stürzte ein 16-jähriges Mädchen gegen 08.15 Uhr auf dem Trottoir in der Reberastrasse und blieb bewusstlos liegen. Aufgrund des unklaren Unfallherganges sucht die Polizei Zeugen, insbesondere eine Frau mit dunklen Kleidern, welche das Mädchen nach dem Sturz betreute. Personen, die Angaben zum Vorfall machen können, werden gebeten, sich mit der Landespolizei unter +423/ 236 71 11 oder info@landespolizei.li in Verbindung zu setzen.

Kollision in Grossumfahung

Schaan. – Bei einem Verkehrsunfall in der Grossumfahung in Schaan ist es zu erheblichem Sachschaden gekommen. Ein Lastwagenfahrer fuhr auf der Bahnhofstrasse in östliche Richtung und übersah beim Kreuzungsbereich einen sich auf der Poststrasse befindlichen und vortrittsberechtigten Personewagen, welcher Richtung Vaduz unterwegs war. Es kam zur Kollision und zu erheblichem Sachschaden. (Ipfl)

LESERBRIEF

Kein Ende der Misere – im Gegenteil

Mit Misere meine ich die Abkommenspolitik unserer Regierung. Im Bestreben, möglichst viele Abkommen mit möglichst vielen Ländern auszuweisen (bei allen europäischen Abkommen sind wir ohnehin dabei) begehren unsere Regierung und ihre Unterhändler zwei folgenschwere Fehler. Das Erste: Einmal unterlässt es die Regierung, wenn sie schon einen neuen Finanzplatz will, wenn sie schon will, dass die Treuhänder mit neuen Produkten arbeiten, neue Rahmenbedingungen zu schaffen, d. h. im Lande die notwendigsten Änderungen durchführen, damit wirklich neues Kapital und neue Aufträge ins Land kommen. Sie muss für wohlhabende Kunden mehr Freizügigkeit schaffen.

Sie muss Firmen, die hier Holdings- oder beispielsweise Patentverwertungsoptionen ausüben, Vorteile garantieren. Sie muss dafür sorgen, dass unsere Beamten, auch die Richter, so informiert und durch Verordnungen wegweisend informiert sind, dass sie nicht einfach sklavisch am Buchstaben der Abkommenstexte hängen, jede neue Etablierung von Geld und Interessen zu Tode prüfen oder einfach bei blosser Behauptung eines ausländischen Staatsanwaltes, es sei zum Beispiel ein Steuervergehen im Spiel, kurzerhand und unter Verneinung aller Rechtsmittel möglichst schnell die hiesigen Gesellschafts- und Steuerakten ins Ausland liefern. Sie muss dafür sorgen, dass Investitionen hier gefördert und geschützt werden. Ausländische Kunden kommen nur dann wieder zu uns, wenn für ihre Geschäfte eine Planungssicherheit und für ihre

Rechte eine Rechtssicherheit besteht. Diese ist derzeit alles andere als gegeben. Und sie muss darauf achten, dass die von Liechtenstein geschlossenen Abkommen nicht nur Vorteile für den nicht liechtensteinischen Partner haben. Das ist leider so. Die Regierung gibt, ich muss fast unterstellen, absichtlich den Treuhändern gar keine Zeit, um die Zigtausenden von Klienten neu zu informieren, mit ihnen neu planen zu können (die Regierung nennt dies: Kunden sind «müzuerziehen»). Kunden lassen aber nicht einfach alles mit sich machen.

Das Zweite: Indem die Regierung den Ausbau der FMA trotz Lippenbekenntnissen im Landtag weiter ausbaut, obwohl in absehbarer Zeit kaum mehr so viel zu kontrollieren und zu genehmigen sein wird, schafft sie ebenfalls mit den in einem unsinnigen Eiltempo unterzeichneten aufge-

zwungenen Abkommen Rechte ab, die nicht nur in der Verfassung, sondern auch in vielen Detailgesetzen verankert, also geschrieben sind. Sie geht sogar so weit, dass die in allen Verfahren, auch in Steuerstrafverfahren zu respektierende Unschuldsvermutung bald nicht mehr existiert. In Amtshilfeabkommen wird vom liechtensteinischen Staatsinteresse, dem ordre public, gar nicht mehr geredet. Es wird alles aufgehoben, Amtsgeheimnisse, zum Schluss auch noch Berufsgeheimnisse. Wer sich wehrt, ist ein Gehilfe des Verdächtigten (Klienten von Treuhändern!) Kein Wunder, wenn da liechtensteinische Treuhänder und Banken im Ausland keine guten Reputationsnoten mehr haben.

Unser Finanzplatz schwächelt weiterhin. Es ist schön geschrieben, wenn nicht sogar gelogen, dass unser Finanzplatz durch all das, was die Re-

gierung mit ihm macht oder zulässt, was mit ihm durch andere Staaten gemacht wird, wieder vorwärtskomme. Auch das Strategiepapier der Banken, welches die Schwächen von Abkommen zeigt, fällt dem verderblichen Übereifer in der liechtensteinischen Abkommenspolitik betreffend Steuer- und Amtshilfeabkommen zum Opfer. Vor Jahren schrieb ich «Wehret den Anfängen». Nichts! Ist es heute schon angebracht «Hütet Euch vor dem morgarten» zu warnen?

Wenn das so weitergeht, sehe ich voraus, dass eine solche für Liechtensteiner allgemein und für die Treuhänder im Besonderen nachteilige Abkommenspolitik noch heuer im Wege von Referenden vom Volk bewertet wird.

Dr. h. c. lic. iur. Walter Matt, Rechtsanwalt und Treuhänder, Werdenbergerweg 11, Vaduz